

- (A) der UN-Behindertenrechtskonvention –, mit inkludiert. Wir haben vor, im Laufe des Jahres 2013 daraus die Grundpfeiler für ein solches Aktionsprogramm zu entwickeln, um es dann vorzulegen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Wirtschaftsspionage im Land Bremen**“. Die Anfrage trägt die Unterschrift des Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Timke!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Wie viele private Unternehmen und öffentliche Betriebe im Land Bremen wurden nach Kenntnis der Bremer Sicherheitsbehörden in den Jahren 2008 bis 2011 von fremden Nachrichtendiensten zum Zwecke der Informationsabschöpfung ausgeforscht – bitte nach Jahren und Standorten Bremen/Bremerhaven sowie privaten und öffentlichen Unternehmen getrennt ausweisen –?

Zweitens: Welche Wirtschaftszweige waren von der Ausspähung hauptsächlich betroffen?

Drittens: Aus welchen Ländern stammten die fremden Nachrichtendienste?

- (B) **Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Weder dem Landesamt für Verfassungsschutz noch dem Landeskriminalamt oder dem Bundesamt für Verfassungsschutz sind in dem Zeitraum von 2008 bis 2011 derartige Fälle in der Freien Hansestadt Bremen bekannt geworden. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Anerkennung von ausländischen Abschlüssen – wie weit ist Bremen mit der Umsetzung des Bundesgesetzes?**“ Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mohammadzadeh, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Mohammadzadeh!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat einen Entwurf eines Bremischen Landesgesetzes zur Umsetzung des Bundesgesetzes zur Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen der Bürgerschaft (Landtag) vorlegen?

- (C) Zweitens: Welche Erfahrungen liegen dem Senat zur Inanspruchnahme von Bremer Migrantinnen und Migranten a) der Weiterbildungsberatungsstelle in der Arbeitnehmerkammer Bremen und b) der IHK FOSA in Nürnberg vor?

Drittens: Welche Schlüsse zieht der Senat aus dem überaus hohen Interesse an dem Infotag zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse, der am 26. September 2012 im Rahmen der Integrationswoche stattgefunden hat?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat beabsichtigt, der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) ein Bremisches Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen, BremBQFG, im Frühjahr 2013 vorzulegen. Während das Bundesgesetz für die bundesrechtlich geregelten Berufe gilt, wird das Bremische Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz die Feststellung der Gleichwertigkeit im Ausland erworbener Berufsqualifikationen für Berufe, die durch Rechtsvorschriften des Landes geregelt sind, umfassen.

- (D) Zu Frage 2 Buchstabe a): Die Anlaufstelle bei der Arbeitnehmerkammer für Weiterbildungsberatung wird wegen der Anerkennungsberatung zwar nachgefragt, eine quantitative und qualitative Bilanz der Inanspruchnahme kann jedoch noch nicht präsentiert werden, da eine erste Auswertung dort erst zum Jahresende 2012 erfolgt, wenn das Angebot dann etwa ein halbes Jahr besteht.

Zu Frage 2 Buchstabe b): Aus dem Bereich der Handelskammern sind wenige Anträge zur Gleichwertigkeitsfeststellung ausländischer Berufsabschlüsse bei der IHK FOSA in Nürnberg eingegangen. Die Zahl der persönlichen Beratungen, zum Beispiel bei der Handelskammer Bremen, zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse war im gleichen Zeitraum deutlich höher. Für einen Teil der Beratungssuchenden kam anstatt einer Gleichwertigkeitsprüfung nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz bei der IHK FOSA ein Anerkennungsverfahren für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz, BVFG, infrage. Soweit erforderlich wurden Beratungssuchende auch in anderen, für sie individuell sinnvollerer Richtungen beraten. Dieser Beratungsansatz spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Gleichwertigkeitsfeststellungsverfahren wider: In nur wenigen Fällen, zum Beispiel in Bremen in vier Fällen, wurde die volle Gleichwertigkeit mit einem deutschen Referenzberuf zuerkannt.

Zu Frage 3: Den vom IQ Netzwerk Bremen/Pari-tätisches Bildungswerk, dem Bremer Rat für Integration, der Senatskanzlei – Integration –, dem Senator

(A) für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter Bremen veranstalteten Infotag zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse am 26. September 2012 im Rahmen der Bremer Integrationswoche besuchten etwa 250 Personen. Sie ließen sich dort von der Agentur für Arbeit Bremen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – Regionalstelle Bremen –, dem Verein Frauen in Arbeit und Wirtschaft e. V., der Handelskammer Bremen, der Ingenieur- und Architektenkammer Bremen, dem Jobcenter Bremen, der Migrations- und Flüchtlingsberatung der Wohlfahrtsverbände, der Senatorin für Bildung und dem Senator für Justiz sowie der „Weiterbildungsberatung vor Ort“ kostenlos beraten.

Der Senat ist erfreut über die große Resonanz, die der Infotag gefunden hat. Der Infotag wurde von auffallend vielen Akademikerinnen und Akademikern besucht. Stark vertreten war die Gruppe der erzieherischen und pädagogischen Berufe. Die Resonanz belegt, dass das Anliegen des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes auf einen tatsächlich bestehenden Bedarf trifft. Neben der Frage der Anerkennung von Abschlüssen zeigte sich auf dem Infotag allerdings auch, dass der tatsächliche Zugang auf den Arbeitsmarkt für ausländisch Qualifizierte oft mit erheblichen Problemen verbunden ist. Die von den Gesetzen des Bundes und der Länder ausgehenden Impulse sollten daher bei Arbeitgebern als positive Werbung für das Potenzial von Fachkräften mit im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen genutzt werden. – Soweit die Antwort des Senats!

(B)

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Bei der Beantwortung haben Sie gerade auch erwähnt, dass an diesem Infotag gerade auch die Gruppe der Erzieherinnen und Erzieher sowie Pädagoginnen und Pädagogen sehr stark vertreten war. Welche Möglichkeiten sehen Sie oder sieht der Senat für Nachqualifizierungen dieser Gruppe gerade angesichts des Fachkräftemangels, den wir ja auch in dem Bereich wahrscheinlich haben werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie, gerade diese Gruppe der Migrantinnen und Migranten, wenn man es hinbekommt, in eine Krippe zu bringen? Es sind ja wichtige und gute Vorbilder für die Kinder und auch Brückenbauer zu den Elternhäusern.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich denke, das ist eine wichtige Gruppe, gerade angesichts unserer Mangelsituation, die sich jetzt immer weiter verschärft. Insofern müssen wir auch versuchen, dass das sehr kleinteilige Anschauen von Anerkennungsproblemen überwunden wird, das leicht in Fachverwaltungen passiert. Wir sind gerade mitten in diesem Prozess der Senatsressorts.

Natürlich hat jedes Ressort seine Qualitätsanforderungen an Berufe, und die sollen natürlich nicht gesenkt werden, das ist immer das Thema, das dahinter steht. Wenn man dann auch einmal großzügiger im Ermessen ist, dann kann es natürlich sein, dass man sich dann auch über bestimmte Dinge hinwegsetzt, die man normalerweise für die Berufe gesetzt hat. Darin liegt im Augenblick das Hauptproblem. Das heißt, wir sind in diesem schwierigen Prozess der Länderberufe – also unserer eigenen Berufe – und versuchen, mit den Ressorts jetzt dieses Gesetz abzufassen. Das wird Sie alles auch noch ereilen, auch mit allen Stellungnahmen, die dazugehören, dass natürlich auch immer die Qualitätsfrage eine Rolle spielt, wenn man ein Ermessen ausübt. Ich meine, dass wir so viel Druck haben, was den Fachkräftemangel angeht, dass sich das hoffentlich an manchen Stellen auch etwas großzügiger im Ermessen erledigen lässt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist die Information richtig, dass bei der Umsetzung des Gesetzes die Berufe Ingenieur und Architekt keine Berücksichtigung in diesem Anerkennungsverfahren finden? Ist das geplant?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Es kommt immer darauf an, ob es ein länderspezifisch oder ein vonseiten des Bundes anerkannter Beruf ist. Sobald es im Berufsbildungsgesetz oder durch andere Regelungen vom Bund geregelt ist, haben wir keine Einwirkungsmöglichkeit.

Präsident Weber: Frau Häsler, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Häsler** (CDU): Am 1. April 2012 ist meines Wissens das Bundesgesetz in Kraft getreten, und Sie sagten gerade selbst, dass es eine immense Resonanz in Bremen hat. Aufgrund des Fachkräftemangels, der auch in Bremen akut wird, interessiert mich, warum der Senat eine Implementierungsphase von über einem Jahr braucht, um ein Anerkennungsgesetz für das Land Bremen zu schaffen.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Die bundesgesetzlich geregelten Berufe sind ja sozusagen vorhanden, das ist leichter. Natürlich dauert eine Gesetzgebung auch ihre Zeit, wenn eine Vielzahl von Ressorts an der Abstimmung beteiligt ist, das ist leider so. Ich würde es auch gern schneller machen, aber wir können uns nicht über diejenigen hinwegsetzen, die in der Be-

(C)

(D)

(A) teiligung zu hören sind. Das sind zunächst einmal die eigenen Ressorts, die natürlich ein Interesse daran haben, dass die beruflichen Qualifikationen bei dieser Gelegenheit in dem Anerkennungsverfahren nicht völlig herabgesetzt werden. Das ist ein schwieriges Feld, und ich hoffe, dass wir das im Frühjahr vorlegen können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Häsler** (CDU): Das verstehe ich, und natürlich müssen alle Beteiligten mitgenommen werden, aber das Bundesgesetzgebungsverfahren läuft schon seit dem Jahr 2008.

(Senatorin J ü r g e n s - P i e p e r: Da sehen Sie einmal, wie lange das dauert!)

Gibt es eine besondere Erklärung, warum Bremen nicht auch schon einfach vorher – das Problem ist ja bekannt – aktiv geworden ist? Das war jetzt keine Antwort meiner Frage!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(B) **Senatorin Jürgens-Pieper:** Sie können jetzt den verschiedenen Ebenen alles Mögliche vorwerfen. Ich glaube, dass ich hinreichend beantwortet habe, welche Schwierigkeiten darin stecken, und diese Schwierigkeiten werden Sie auch noch ereilen. Sie werden aus den verschiedenen Fach- und Berufsverbänden die Hinweise bekommen, dass dieses oder jenes bei der Gelegenheit nicht vernachlässigt werden darf. Deshalb ist es ein schwieriges Aushandlungsgeschäft, das genauso auf der Bundesebene stattgefunden hat, wie es jetzt auch bei uns stattfindet.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte Anfrage trägt die Überschrift „**Betäubungsloses Schlachten (Schächten) anlässlich des Opferfestes**“. Die Anfrage trägt die Unterschrift des Abgeordneten Timke.

Bitte, Herr Timke!

Abg. **Timke** (BIW): Ich frage den Senat:

Erstens: Wie viele Ausnahmegenehmigungen für das betäubungslose Schlachten von Wirbeltieren wurden im Vorfeld des Ende Oktober stattfindenden islamischen Opferfestes bei den Behörden im Land Bremen beantragt?

Zweitens: Wie viele Genehmigungen zum Schächten wurden erteilt?

Drittens: Wie viele Kontrollen auf Einhaltung der tierschutzrechtlichen Vorgaben und der Hygienevorschriften beim Schlachten führte der Lebensmittel-

überwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen im Vorfeld des diesjährigen Opferfestes in Bremen und Bremerhaven durch, und wie viele Verstöße wurden bei diesen Kontrollen festgestellt? (C)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Vorfeld des am 26. Oktober 2012 stattgefundenen islamischen Opferfestes wurden keine Anträge auf Ausnahmegenehmigungen für das betäubungslose Schlachten von Wirbeltieren im Land Bremen gestellt.

Zu Frage 2: Keine!

Zu Frage 3: Auf die Antwort zu Frage 1 und 2 wird verwiesen. Es sind in diesem Zusammenhang keine Verstöße gegen tierschutzrechtliche Vorgaben bekannt geworden. Insofern wurden auch keine anlassbezogenen Kontrollen durchgeführt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zwölfte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Landesbericht zur Lage der Natur in Bremerhaven**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Schildt, Jägers, Gottschalk, Tschöpe und Fraktion der SPD. (D)

Bitte, Herr Abgeordneter Schildt!

Abg. **Schildt** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Woran liegt es, dass der im Bericht für die Stadtgemeinde Bremen im Frühjahr 2011 angekündigte Bremerhaven-Teil noch nicht vorliegt?

Zweitens: Wann ist mit der Veröffentlichung des Landesteils zur Lage der Natur in Bremerhaven zu rechnen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Golasowski.

Staatsrat Golasowski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: Grundlage für den Bericht zur Lage der Natur für die Stadtgemeinde Bremen waren aktuelle naturschutzfachliche Daten des Integrierten Erfassungsprogramms, IEP, für den unbesiedelten Bereich, eine Luftbildauswertung der Flächennutzung für den besiedelten Bereich und darauf aufbauend eine Biotopverbundplanung, die wiederum Grundlage für die Aufstellung des Landschaftsprogramms für die Stadtgemeinde Bremen war.